Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. zuzüglich Bestellgebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

# Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die neungespaltene Petitzeile kostet 25 Pfennig, die Reklamezeile 1 Mark.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 178 | Postscheckkonto: Berlin 62 448. | Sonnabend, den 12. November 1927 | Postscheckkonto: Berlin 62 448. | 26. Jahrg

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

1 Hahn als zugelaufen gemeldet.

Birkenwerder, den 11. November 1927.

Der Amtsvorsteher. Bieyer.

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

**Die Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat November, die Gewerbesteuern vom Ertrage und vom Kapital für das Vierteljahr Oktober bis Dezember 1927 mit 1/4 der für 1926 veranlagten Gewerbesteuern sowie die Gemeinde- und Kreishundesteuern für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928 sind bis zum 15. d. Mts. in der hiesigen Gemeindekasse zu zahlen. Nach Ablauf der Zahlungsfrist erfolgt zwangsweise Beitreibung der Rückstände und Erhebung der fälligen Gebühren und Zinsen.**

Birkenwerder, den 11. November 1927.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

### Hohen Neuendorf

**Der stellv. Gemeindevorsteher macht bekannt:**

**Gemeindevertreter-Sitzung.**

**Am Montag, den 14. Novbr. d. Js., um 20 Uhr, findet in dem Sitzungssaale, Berliner Straße 39, eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung statt. Die Herren Schöffen und Gemeindeverordneten werden hierzu mit dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.**

Tagesordnung:

1. Mitteilungen des Gemeindevorstehers.
2. Verlängerung des Tarifs über die Ablage-Gebühren.
3. Deckung des Gemeinde-Beitrags zur Entwässerung in Höhe von 60 000 RM. durch Aufnahme eines Darlehns.
4. Antrag der Herren Gemeindeverordneten Baganz usw. wegen Aufstellung von 5 Anschlagsäulen.
5. Desgleichen wegen Errichtung von zwei Bedürfnisanstalten.
6. Desgleichen um Bewilligung eines Beitrags zur Anschaffung von Geräten für die Kinderabteilung der Freien Turnerschaft.
7. Feststellung der Jahresrechnung der Gemeindekasse für 1926.
8. Erlaß einer neuen Polizei-Verordnung über das Feuerlöschwesen.

### Was gibt es Neues?

— Die Besprechung Dr. Stresemanns mit dem Vertreter des polnischen Außenministeriums, Dr. Jackowski, wird nunmehr endgültig am 17. November stattfinden.

— Bundeskanzler Dr. Seipel wandte sich im österreichischen Nationalrat scharf gegen die sozialdemokratische Opposition.

— Die tschechoslowakischen Eisenbahner haben den passiven Widerstand aufgegeben.

— In Bukarest begann am Donnerstag die Kriegsgerichtsverhandlung gegen Manoilesco.

— Amerika übernimmt ein dauerndes Protektorat über Nikaragua.

— Die Regierung von Kanton hat dem britischen Generalkonsul erklärt, sie tue alles Erdenkliche, um bis Freitag die Beendigung des antienglischen Boykotts herbeizuführen.

— Die Saar, Mosel und die Flüsse im Schwarzwaldgebiet führen Hochwasser.

— Im Fürstentum Liechtenstein sind durch Bruch der provisorischen Rheindämme weite Strecken überschwemmt.

— Das 19. Berliner Sechstage-Rennen wurde von dem belgisch-holländischen Paar Dewolf—van Kempen gewonnen.

## Keine Preisgabe der Besoldungsreform.

Neue interfraktionelle Besprechungen.

**In Sachen der Besoldungsreform fanden am Donnerstag mittag erneut interfraktionelle Besprechungen statt. Von der Reichsregierung nahmen an der Beratung teil: Reichskanzler Dr. Marx und Reichsfinanzminister Dr. Köhler. In der Hauptsache stand die Besoldungsreform zur Debatte. Wenn die Beratungen auch erst am heutigen Freitag in einer formellen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses zum Abschluß gebracht werden sollen, da bisher noch die entscheidende Stellungnahme des Zentrums ausstand, so ist doch damit zu rechnen, daß eine Zurückziehung der Vorlage nicht in Frage kommt. Nicht nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei halten an der Vorlage fest, auch im Zentrum ist die überwiegende Meinung, daß die Besoldungsreform jetzt nicht mehr vertagt und auch nicht wesentlich geändert werden kann.**

*

**Das Wohnungsgeld der Ledigen.**

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Einzelberatung des Besoldungsentwurfes bei Paragraph 10 fort. Er besagt nach der Regierungsvorlage: „Ledige Beamte erhalten an Stelle des Wohnungsgeldzuschusses den der nächst niedrigen Tarifklasse bezw. (bei VII) einen um 40 Prozent gekürzten Satz." Der Reichsrat hat hier beschlossen zu sagen: „Ledige Beamte erhalten den Wohnungsgeldzuschuß zur Hälfte."

**Die Regierungsparteien beantragten, den ledigen Beamten vom vollendeten 45. Lebensjahre ab den vollen Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren und ebenso die Geistlichen nicht als Ledige im Sinne des Regierungsentwurfes zu behandeln. Paragraph 10 wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge mit dem Antrag der Regierungsparteien genehmigt.**

Auch die Paragraphen 11 und 12 (Ortsklassenverzeichnis usw.) wurden unverändert angenommen.

*

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat Donnerstag unter Beteiligung von Abgeordneten der Landtagsfraktion zusammen, um in ausführlicher Aussprache die Meinungen der verschiedenen Gruppen zur Beamtenbesoldung und zur Verwaltungsreform entgegenzunehmen.

Für den heutigen Freitag ist auch der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns einberufen worden. Auch er wird sich mit der Besoldungsreform und dem damit zusammenhängenden Reparationsproblem beschäftigen.

*

**Ein Reparationspolitischer Ausschuß der Reichsregierung.**

Das Reichskabinett stimmte dem vom Reichsminister der Finanzen bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines Reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu. Dieser Ausschuß soll danach unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen entsprechend dem interministeriellen Handelspolitischen Ausschuß aus Vertretern der für die Reparationspolitik im einzelnen zuständigen Ministerien gebildet und mit der Aufgabe der Vorbereitung aller mit der Reparationspolitik zusammenhängenden Maßnahmen betraut werden.

## Das Programm der nächsten Ratstagung.

**Der polnisch-litauische Konflikt. — Die siebenbürgische Optantenfrage. — Der Fall Salamis. — Die Westerplatte.**

Die vorläufige Tagesordnung für die am 5. Dezember in Genf beginnende nächste Tagung des Völkerbundsrates ist den Regierungen der Mitgliederstaaten zugestellt worden. Diese Tagung wird der Beratung einer Anzahl politischer Fragen, der Vorbereitung von Maßnahmen zur Inkraftsetzung einiger von der 8. Völkerbundsversammlung im September dieses Jahres angenommenen Resolutionen und der Prüfung der Tätigkeit mehrerer Völkerbundskommissionen gewidmet sein.

Unter den politischen Fragen sind u. a. zu erwähnen die von der litauischen Regierung am 15. Oktober an den Völkerbundsrat gerichtete Eingabe betreffend gewisse Maßnahmen, welche die polnische Regierung in Bezug auf die Schulen, die Lehrer und die Geistlichen im Gebiet von Wilna und Grodno ergriffen haben soll, und die Frage der ungarischen Optanten in Siebenbürgen. Ferner steht neuerdings auf der Tagesordnung die Eingabe der griechischen Regierung an den Völkerbundsrat betreffend die Interpretation gewisser Artikel des Versailler Vertrages. Es handelt sich hierbei um die Angelegenheit des Kreuzers Salamis. Weiter stehen auf der Tagesordnung zwei Fragen betreffend die Freie Stadt Danzig, von denen die eine sich auf die Benutzung der Westerplatte und die andere auf die Hafenbasis für polnische Kriegsschiffe in Danzig bezieht.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wird der Völkerbundsrat zur Ernennung der Mitglieder des Ausschusses zu schreiten haben, der mit der Weiterverfolgung der Anwendung der von der Weltwirtschaftskonferenz gefaßten Empfehlungen betraut ist. Endlich wird der Rat die Vorsitzenden der Investigationskommissionen für die Kontrolle der Durchführung der Entwaffnungsvorschriften in Deutschland, Ungarn und Bulgarien zu ernennen haben, deren Amtsperiode im Laufe des Jahres 1928 ablaufen wird.

## Die Hindenburg-Amnestie in Preußen.

Bisher mehr als 5000 Einzelgnadenerweise.

Ueber die bisherige praktische Auswirkung der preußischen Gnadenaktion anläßlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten erfährt der Amtliche Preußische Pressedienst, daß die Zahl der Einzelgnadenerweise in Preußen inzwischen bereits 5000 überschritten hat. Die Mehrzahl dieser Einzelgnadenerweise besteht in dem Erlaß der Strafe, die Minderheit in bedingter Aussetzung der Strafe unter Bewährungsfrist. Auch die Zahl 5000 ist jedoch nur als ein vorläufiges Teilergebnis zu betrachten, das abschließende Ergebnis über die Gesamtzahl der Einzelgnadenerweise wird erst in ein bis zwei Monaten vorliegen, da die in der Allgemeinen Verfügung vom 2. Oktober 1927 angeordnete Durchprüfung der Strafakten noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

## Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer.

**Der Entwurf vom Reichskabinett verabschiedet.**

Das Reichskabinett hat unter Vorsitz des Reichskanzlers den Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes verabschiedet. Der Entwurf sieht von der Einführung einer Betriebsstoff-, Reifen- oder Kilometersteuer ab und schlägt **Festhaltung am Pauschalsystem** vor. Krafträder und Personenkraftwagen sollen in Zukunft nicht mehr nach Steuerpferdestärken, sondern nach dem Hubraum (Hubvolumen) besteuert werden, und zwar sollen in Anlehnung an die geltenden Steuersätze **für je 100 Kubikzentimeter Hubraum bei Rädern 8 RM., bei Personenwagen 12 RM. erhoben werden.** Die geltenden hohen Steuersätze für stärkere Personenwagen sollen durch Fortfall der geometrischen Staffelung des Steuertarifs gemildert werden.

Für Kraftomnibusse, Lastkraftwagen und Zugmaschinen bleiben Steuermaßstab und Steuertarif unverändert. Die Erhebung landesrechtlicher Abgaben von Kraftfahrzeugen, sei es in Form von Beiträgen für außergewöhnliche Wegeabnutzung (Vorausleistungen), sei es in Form von Wege- oder Brückengeldern, soll weiterhin unzulässig sein. Zur Abgeltung diesen Abgaben und im Hinblick auf die erheblichen finanziellen Erfordernisse der Wegeunterhaltung soll der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1928 in der gleichen Höhe wie bisher, nämlich auf 25 v. H., festgesetzt werden.

Erleichterungen sollen geschaffen werden durch Verbilligung der kurzfristigen Steuerkarten, Einführung vierteljährlicher Teilzahlungen und Erweiterung der Erstattungsvorschriften. Das Steueraufkommen, das für das Rechnungsjahr 1927 auf 150 Millionen RM. angenommen wird, wird für 1298 nach den Vorschlägen des Gesetzentwurfes auf 160 Millionen RM. geschätzt. **Die neue Regelung soll am 1. April 1928 in Kraft treten, bis dahin soll die jetzige Vorschrift weitergelten.**

## Hochwasser der Schwarzwaldflüsse.

Weite Strecken überschwemmt. — Erheblicher Schaden.

Seit mehreren Tagen hat es in Südwestdeutschland anhaltend stark geregnet. Die aus den Bergen des Schwarzwaldes kommenden Bäche und Flüsse haben erhebliche Wassermengen zu Tal gebracht, die die Flüsse nicht aufnehmen konnten und die daher über die Ufer traten.

**Die Kinzig hat in ihrem Oberlauf bereits weites Gelände überschwemmt und in ihrem Unterlauf die Dammkrone erreicht. Das Hochwasser der Schutter hat in der Gegend von Lahr bereits großen Schaden angerichtet. Das Vieh in den Ställen stand bis zur Brust im Wasser und mußte mit Hilfe der Feuerwehr geborgen werden.**

Der Bahndamm der Strecke Frankfurt—Basel ist zwischen Dinglingen und Hugsweier überflutet. Da der Regen anhält, ist

**ein weiteres Steigen des Wassers**

zu erwarten. Die Temperaturen sind in den Tälern infolge Föhnwitterung verhältnismäßig hoch. Auf dem Hochschwarzwald hat es stark geschneit.

**Zweibrücken unter Wasser.**

Das im Osten der pfälzischen Stadt Zweibrücken gelegene Barackenviertel wurde nachts vom Hochwasser überrascht. Innerhalb kurzer Zeit stieg das Wasser

„Die Wäsche des Kindes!"
Die Ausstellung, die Ihnen viel Freude machen wird, beginnt Morgen

F.V. Grünfeld

Mädch.-Nachthemden aus gutem Wäschestoff, mit fein gemust. Stickereiansatz, Länge 60–120 cm, St. M. 2.90 bis 5.10

Mädchenröcke mittelfein. Wäschestoff, mit gut. Stickereiins. u. Hohlsaumnust., Lg. 40–100 cm M. 2.– bis 3.50

Berlin W 8, Leipziger Strasse 20–22